



Bild: HPR Land Berlin, Michael Laube

Eine Rolle rückwärts: Lockdown abgesagt?

Irritiert haben wir zur Kenntnis genommen, dass der Senat von Berlin am 06.01.2021 die schrittweise Wiederaufnahme des Schulbetriebes ab dem 11.01.2021 beschlossen hat.

Mit Schreiben vom 07.01.2021 informierte die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie die Schulleitungen, die Bezirksstadträtinnen und -räte sowie die bezirklichen Gesundheitsämter über die Organisation des Schulbetriebes ab dem kommenden Montag, d.h. zwei Arbeitstage vor der angedachten Umsetzung!

Zu keinem Zeitpunkt gab es einen Austausch mit den zuständigen Personalvertretungen, (Hauptpersonalrat, Gesamtpersonalrat der allgemeinbildenden Schulen, Personalrat der zentral verwalteten und berufsbildenden Schulen) über die geplanten Maßnahmen.

Wir sind der Auffassung, dass ein schnelles Handeln in den jetzigen pandemischen Zeiten unabdingbar ist, jedoch sollten dieses Handeln und die daraus entstehenden Konsequenzen in Ruhe bedacht werden. Dazu gehört, dass die Bedenken der Personalräte in die Überlegungen mit einfließen. Es erschließt sich auch nicht, warum Berlin mit dem 11.01. in die Vorreiterrolle gehen muss. Bisher war bundesweit eigentlich von einer Schließung der Schulen bis zum 31.01.21 die Rede, mit Überlegungen einzelner Bundesländer, ab dem 18.01.21 wieder schrittweise in den Präsenzbetrieb überzugehen.

Impressum:

Hauptpersonalrat

für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin

Klosterstr. 47
10179 Berlin - Mitte

Telefon: (030) 9020-2226
hpr@hpr.berlin.de
www.hpr.berlin.de

V.i.S.d.P.: Daniela Ortmann,
Vorsitzende

Die von der o.g. Senatsverwaltung nun angekündigten Regelungen sind eine weitere Bestätigung unserer Annahme, dass es sich für die Beschäftigten nur um ein „Lockdownchen“ handelt und nicht um einen konsequenten Lockdown zur Vermeidung von weiteren Ansteckungen und Todesfällen in Berlin. Dazu gehört auch, dass man aus uns nicht nachvollziehbaren Gründen die „Notbetreuung“ in den Kitas nicht so konsequent regelt, wie das bei den Schulen der Fall ist. Wieso wird der Katalog der systemrelevanten Berufe der Eltern bei den Kitas nicht angewandt?

Die angeordneten Maßnahmen an Schulen führen in der Konsequenz dazu, dass sich neben Beschäftigten an Schulen, die Schülerinnen und Schüler, aber auch zahlreiche Eltern wieder mehr durch die Stadt und im öffentlichen Raum bewegen, weil sie nicht mehr wegen der Kinderbetreuung zu Hause bleiben. In der Summe werden also mehr als Hunderttausend Menschen zusätzlich nicht mehr die vom Regierenden Bürgermeister immer wieder so eindringlich vorgetragenen Appelle zur Bewegungs- und Kontaktbeschränkung einhalten können, sondern sich zum Teil kreuz und quer durch das gesamte Stadtgebiet bewegen.

Vor dem Hintergrund der vorliegenden Infektions- und Todeszahlen ist dieses Vorgehen inkonsequent und wird von uns nicht mitgetragen.

Der Arbeitgeber muss seine Pflichten gegenüber den Beschäftigten wahrnehmen. Wenn man Einrichtungen wieder öffnen möchte, sind zwingend alle erforderlichen Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes einzuhalten und umzusetzen. Dazu haben wir die deutliche Erwartung, dass sowohl die politisch Verantwortlichen, Frau Senatorin Scheeres und der Regierende Bürgermeister Müller, als auch die handelnden Personen in der zuständigen Senatsverwaltung mit den Beschäftigtenvertretungen vorher ins Gespräch kommen. Und diese fehlenden Gespräche jetzt umgehend nachholen.

Wir haben Herrn Müller und Frau Scheeres entsprechend angeschrieben und um ein umgehendes Gespräch, gern auch gemeinsam mit dem GPR Schule und dem PR zbS, gebeten.

Für den Hauptpersonalrat

Daniela Ortmann

Vorsitzende des Hauptpersonalrates

Susanne Stecher und Nele Bark

Mitglieder im Vorstand des
Hauptpersonalrates